



Interviews

Datum: 06. Februar 2024

Philipp May im Gespräch mit Alexander Graf Lambsdorff, deutscher Botschafter in Moskau

Philipp May: Es ist derzeit wohl einer der schwierigsten Posten, die das Auswärtige Amt zu vergeben hat: Botschafter der Bundesrepublik in Russland. Seit ziemlich genau einem halben Jahr hat der ehemalige FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff diesen Posten inne und hat dabei bereits den Ärger der russischen Regierung auf sich gezogen, nachdem er bei einem Weihnachtskonzert in einer Kirche in Moskau an die Opfer des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine erinnert hatte. „Ich möchte durch Information und gute Analyse meiner Regierung Klarheit über die russischen Pläne verschaffen“, sagte Graf Lambsdorff kürzlich dem „Stern“. Jetzt ist Deutschlands Mann in Moskau bei uns am Telefon. Guten Morgen, Herr Lambsdorff.

Alexander Graf Lambsdorff: Schönen guten Morgen, Herr May.

May: Wie sehr steht Russland hinter Putin?

Graf Lambsdorff: Die Bevölkerung hier unterstützt im Großen und Ganzen den Präsidenten. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, wenn man sich mal anschaut, dass die weitaus größte Zahl der Russinnen und Russen ihre Informationen aus dem Fernsehen beziehen. Das ist in einem Land mit elf Zeitzonen nun mal das Medium der Wahl. Und dieses Fernsehen ist völlig unter Kontrolle der Regierung. Insofern kommt dort ein Programm, das die Unterstützung der Regierung auch garantiert. Die meisten Menschen, insbesondere in ländlichen Regionen, in den von Moskau und St. Petersburg weiter entfernten Regionen, unterstützen den Präsidenten weit überwiegend. In den großen Städten – das hören Sie schon ein bisschen raus – stellt sich das etwas anders dar.

May: Dass es aber dennoch Opposition gibt, das zeigt der Fall des Kriegsgegners Boris Nadeschdin. Der will gegen Putin bei der Präsidentschaftswahl antreten. Er hat sehr schnell die nötigen 100.000 Unterschriften für seine Kandidatur zusammengebracht. Jetzt hat er aber erklärt, dass das Wahlkomitee 15 Prozent dieser Stimmen für ungültig erklärt hat. Das wäre dann sein Aus. Was sagt das für Sie aus?

Graf Lambsdorff: Die Kandidatur von Nadeschdin ist hier in der Tat sehr beachtet worden. Es ist eine Kandidatur von jemandem, den sogar Teile der Opposition am Anfang erst ein bisschen skeptisch gesehen haben, der dann aber ein sehr klares Profil entwickelt hat als ein Gegner dieses Krieges und auch ein Gegner der aktuellen Regierungsform, der das auch offen gesagt hat und der Menschen die Gelegenheit gegeben hat, einfach durch Unterstützung für ihn, durch das Ableisten dieser Unterschriften mal zu kanalisieren, was sie an diesem Regime stört, an dieser Regierung stört.

Nadeschdin hat jetzt seine Unterschriften eingereicht. Am 10. Februar läuft die Frist aus, bis zu der die Wahlkommission hier ihn entweder zulassen oder ablehnen muss, und wir sind alle hier sehr gespannt in Moskau, ob er zugelassen wird oder nicht.

Für den Fall, dass das nicht der Fall ist, dann ist er schon der zweite Kandidat, der sich gegen den Krieg ausgesprochen hat, der abgelehnt wird, und das zeigt eigentlich eine Nervosität, trotz der Kontrolle, die dieses Regime hier ausübt, eine Nervosität, die nicht erklärlich ist, jedenfalls nicht aus den Zahlen, die man in Umfragen sieht.

May: Sie gehen davon aus, dass er abgelehnt wird?

Graf Lambsdorff: Das haben wir abzuwarten. In Moskau ist das zurzeit das Thema schlechthin, wird Nadeschdin zugelassen oder nicht. Diese Zahl, die Sie gerade genannt haben, Herr May, die 15 Prozent, die sprechen dafür, dass er unter die 100.000er-Schwelle gedrückt wird, mit angeblichen Fehlern auf den Listen. Das hieße dann, dass er nicht zugelassen wird. Aber das ist eine Entscheidung, die wir hier abzuwarten haben. Frau Pamfilowa, die Leiterin der Wahlkommission, macht auch ein Briefing für die diplomatische Community hier und wir werden dann mal hören, was sie uns da zu sagen hat.

May: Was ist denn überhaupt noch an Protest möglich in Russland gegen Putin?

Graf Lambsdorff: Sehr wenig. Es ist so, dass hier die Regierung ein Gesetz nach dem anderen durch die Duma treibt, mit dem der Spielraum der Zivilgesellschaft, der Opposition, freier gesellschaftlicher zivilgesellschaftlicher Gruppen immer stärker eingeengt wird. Die Gerichte tun ihr Übriges und erklären beispielsweise internationale LGBT-Organisationen als extremistische Organisationen. Die gibt es in der Form gar nicht, aber das führt dann dazu, dass eine junge Frau mit Ohrringen, auf denen sich Regenbögen befinden, in Nischni Nowgorot für fünf Tage ins Gefängnis geschickt wird. Das sind so Dinge, wo einfach Unsicherheit, Willkür und Angst sich hier ausbreiten in der Opposition, und deswegen sind Protest oder Protestmärsche kaum möglich.

Es gibt eine Ausnahme und die ist bemerkenswert. Das sind die Ehefrauen und Mütter von mobilisierten Soldaten, die hier jeden Samstag Blumen niederlegen. Das ist ein Kristallisationspunkt für bestimmte oppositionelle Bewegungen, aber man darf das auch nicht überschätzen. Die wollen in erster Linie, dass ihre Männer, ihre Söhne, ihre Brüder zurückkommen von der Front.

May: Sie als oberster deutscher Diplomat, können Sie Kontakt aufnehmen zu Menschen wie beispielsweise Nadeschdin oder anderen Vertretern der Opposition, der Zivilgesellschaft?

Graf Lambsdorff: Natürlich! Das ist Teil meiner Aufgabe hier. Ich rede selbstverständlich mit den Vertreterinnen und Vertretern der Regierung hier im Gastland. Das gehört sich so. Wir sind hier als Vertreterin der Bundesregierung im Land, als Vertreterin der Bundesrepublik auch dazu aufgerufen. Aber genauso rede ich mit Journalistinnen und Journalisten, mit der Zivilgesellschaft, mit Menschen aus der Kultur. Das ist hier alles Teil meiner Aufgaben, auch meines Teams. Wir sind hier unterwegs und versuchen, ein so gutes Bild wie möglich von der Lage in Russland zu bekommen, um – das haben Sie am Anfang gesagt – nach Berlin die Berichte zu schicken, aufgrund derer dann eine gute Russland-Politik gemacht werden kann.

May: Und die können offen mit Ihnen reden?

Graf Lambsdorff: Das ist deren eigene Entscheidung. Manche völlig offen und die treffen sich gerne, reden offen, nehmen kein Blatt vor den Mund. Andere treffen sich noch nicht mal so gerne, weil sie sagen, sie wollen nicht assoziiert werden mit dem Ausland, sie wollen nicht verbunden werden mit dem Westen, und das respektieren wir dann selbstverständlich. Manche trifft man und die sind dann etwas umsichtiger im Gespräch. Das ist etwas, was aber vollkommen verständlich ist, angesichts der Lage hier im Land. Wir respektieren das natürlich und drängen uns da auch nicht auf.

May: Wie läuft der offizielle Kontakt zur Regierung? Ganz normal?

Graf Lambsdorff: Na ja, sehr reduziert. Wir haben eine sehr reduzierte Zahl von Kontakten zurzeit, weil wir den Krieg ganz klar verurteilen, weil wir als Bundesrepublik Deutschland zusammen mit unseren europäischen, amerikanischen, aber auch übrigens den asiatischen Freunden ja die Ukraine unterstützen. Das führt dazu, dass es auf russischer Seite hier eine

Einstufung gegeben hat all dieser Länder als sogenannte unfreundliche Staaten, und insofern ist mein Kontakt zum russischen Außenministerium da. Der kann auch jederzeit genutzt werden, der ist auch immer korrekt, das ist völlig in Ordnung, diplomatisch gesehen. Aber zurzeit ist das Hauptthema der Ukraine-Krieg und da lässt die russische Seite kaum mit sich reden. Das ist das zentrale Thema, zumal wenn man bedenkt, dass am 17. März hier eine Wahl ist, bei der der Präsident sich erneut bestätigen lassen möchte. Da ist zurzeit wenig Bewegung drin.

May: Sie sprechen die Wahl an. Andererseits haben wir gerade schon über Nadeschdin gesprochen, der möglicherweise nicht zugelassen wird, weil er sich gegen den Krieg ausspricht. Würden Sie soweit gehen und sagen, Russland ist eine Diktatur?

Graf Lambsdorff: Russland ist ein Land, in dem ein Mann wirklich hier alles entscheidet. Das ist so. Der Präsident hat hier nach der russischen Verfassung auch eine sehr starke Rolle und deswegen kann man darüber streiten, welcher Begriff jetzt der richtige ist. Manche reden von einem autoritären Regime, andere reden von einem Rückgriff ein bisschen auf die Zarenzeit, andere benutzen den von Ihnen eben vorgeschlagenen Begriff. Das ist, glaube ich, eher etwas für Politikwissenschaftler.

Für uns ist wichtig, dass wir verstehen, was passiert hier in diesem Land, wie operiert die Regierung. Wir schauen sehr stark auch auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Wirkung der Sanktionen und all diese Dinge. Aber welches Etikett wir hier dranhängen, das ist eine Sache für die Wissenschaft.

May: Dann schauen wir mal auf die Sanktionen. Von außen sieht es so aus, als wenn Russland die Sanktionen viel besser weggesteckt hat als erhofft. War der Westen zu optimistisch?

Graf Lambsdorff: Nein. Es waren diejenigen im Westen zu optimistisch, die geglaubt haben, Sanktionen wirkten wie ein Lichtschalter, man verhängt die und zack ändert sich das Verhalten des sanktionierten Landes. So arbeiten Sanktionen nicht, sondern Sanktionen arbeiten über Zeit und da sehen wir durchaus in bestimmten Sektoren hier eine Wirkung. Ich gebe Ihnen mal ein ganz konkretes Beispiel. 95 Prozent der Passagiere in Russland werden mit Flugzeugen von Airbus und Boeing befördert. Da gibt es keine Ersatzteile mehr, keine Wartung, keine Software-Updates, und das führt dazu, dass die erste Airline ihren Flugplan schon drastisch ausdünnen musste hier, weil sie die Flugsicherheit nicht mehr gewährleisten kann. Das können Sie durch verschiedene Sektoren durchdeklinieren, Mobilfunk, Energiegewinnung und so weiter. Das heißt, die Sanktionen wirken, sie machen das Leben hier schwieriger für die Regierung und für die Wirtschaft, aber sie sind wie gesagt kein Lichtschalter. Wer diese Hoffnung hatte, der ist vielleicht enttäuscht.

May: Wir haben noch eine Minute und ich möchte noch mal darauf zurückkommen: Es sieht ja so aus, als könne Russland den Krieg trotzdem noch sehr lange durchhalten – relativ volle Kassen, Kriegswirtschaft und die Bevölkerung mehr oder weniger im Griff. Man könnte auch sagen, Putin sieht sich auf der Gewinnerstraße. Was kann ihn denn stoppen?

Graf Lambsdorff: Ich glaube, was ihn stoppen kann ist eine Rückkehr zum Völkerrecht, wenn er sich tatsächlich entscheiden sollte, das Vorgehen da zu ändern. Was ihn auch stoppen kann ist der Abwehrkampf der Ukraine, der ja in der Form wirklich weit über das hinausgeht, was irgendjemand erwarten konnte. Unsere Unterstützung für die Ukraine ist da eine Hilfe. Und ich glaube, irgendwann wird hier auch die Einsicht reifen, dass das militärische Vorgehen in der Ukraine bei weitem nicht den Erfolg gebracht hat, den man sich am Anfang dieses Krieges davon versprochen hat.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.